

ANTRAG

der Fraktion der FDP

Freiheit und Sicherheit stärken – Landesamt für Verfassungsschutz im Bereich Spionageabwehr zukunftssicher aufstellen

Der Landtag möge beschließen:

I. Der Landtag stellt fest:

1. Das Land Mecklenburg-Vorpommern nimmt nicht nur aufgrund seiner Lage an der Ostsee und der Nähe zu wichtigen internationalen Seewegen eine strategische Position ein, sondern auch als ein zentraler Knotenpunkt für Energieinfrastrukturen in Deutschland und Europa. Die Errichtung des LNG-Terminals in Mukran, der bedeutende Ölimport über den Hafen von Rostock, die umfangreichen Windparks in der Ostsee sowie die Planungen für eine zukunftsweisende Wasserstoffinfrastruktur unterstreichen die Schlüsselrolle Mecklenburg-Vorpommerns in der Energieversorgung und -sicherheit. Diese energiewirtschaftlichen Bezüge machen das Land zu einem kritischen Faktor für die nationale und europäische Energieunabhängigkeit und Sicherheit. Gleichzeitig erhöht die zentrale Bedeutung dieser Energieinfrastrukturen die Verwundbarkeit gegenüber geopolitischen Spannungen, Cyberangriffen und Spionageaktivitäten. Daher ist es von entscheidender Bedeutung, dass Mecklenburg-Vorpommern seine Sicherheitsmaßnahmen sowohl in Bezug auf physische als auch auf cybernetische Bedrohungen verstärkt, um die Integrität und Zuverlässigkeit dieser essenziellen Energieinfrastrukturen zu gewährleisten.
2. Insbesondere seit dem Beginn des Konfliktes in der Ukraine haben Cyberangriffe, Spionageaktivitäten und Desinformationskampagnen signifikant zugenommen. Diese Bedrohungen richten sich nicht nur gegen staatliche Institutionen, sondern auch gegen kritische Infrastrukturen sowie die Wirtschaft, wodurch die Notwendigkeit einer robusten Verteidigungsstrategie unterstrichen wird.
3. Die russische Einflussnahme auf das Bergamt Stralsund sowie andere Vorfälle demonstrieren die Verwundbarkeit Mecklenburg-Vorpommerns gegenüber fremden Mächten. Diese Ereignisse verdeutlichen, wie Staatsakteure versuchen, Einfluss auf lokale Entscheidungsprozesse zu nehmen und sensible Informationen zu erlangen.

4. Es ist davon auszugehen, dass die Aktivitäten fremder Mächte und insbesondere fremder Nachrichtendienste, die als sicherheitsgefährdend eingestuft werden, weiterhin auf einem hohen Niveau bleiben werden. Dies erfordert eine kontinuierliche Anpassung und Stärkung der Sicherheitsmechanismen des Landes.
5. Um auf die wachsenden Herausforderungen adäquat reagieren zu können, ist es unerlässlich, den Verfassungsschutz Mecklenburg-Vorpommerns sowohl materiell als auch personell zu stärken. Eine solche Aufwertung ist entscheidend, um die Sicherheit des Landes effektiv zu gewährleisten und sowohl die Spionageabwehr als auch die Abwehr von Cyberangriffen und Desinformation zu verbessern.

II. Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. im Zusammenschluss mit dem Bund und den anderen Bundesländern alle Möglichkeiten zur Verbesserung der Ausstattung und strukturellen Aufstellung des Verfassungsschutzes zu nutzen und die notwendigen Grundlagen zu schaffen.
2. zu prüfen, inwieweit die Neuregelungen zur Eigensicherung im Bundesverfassungsschutzgesetz in das Landesrecht übernommen werden können, insbesondere im Hinblick auf die Verhinderung der Unterwanderung von Institutionen des Landes durch fremde Mächte sowie die bereits vorhandenen Möglichkeiten einer Unterwanderung sicherheitskritischer Bereiche der Landesverwaltung zu verhindern, konsequent zu nutzen sowie vor allem Früherkennungs- und Präventionsmaßnahmen effektiv umzusetzen.
3. den Bereich der Spionageabwehr im Landesamt für Verfassungsschutz mehr Bedeutung zukommen zu lassen und insbesondere personell aufzustocken.
4. ein Konzept zu entwickeln, um die bisher noch unbesetzten Stellen im Landesamt für Verfassungsschutz zeitnah mit qualifizierten Mitarbeitern zu besetzen.
5. eine Bewusstseinsbildung in der Bevölkerung zu initiieren, um die Öffentlichkeit für die Risiken von Cyberangriffen, Spionage und Desinformation zu sensibilisieren. Kampagnen sollten Informationen darüber bereitstellen, wie Einzelpersonen und Organisationen sich schützen können und breit zugänglich gemacht werden.
6. die Cyber-Resilienz in kritischen Infrastrukturen, durch regelmäßige Sicherheitsaudits zu stärken, Penetrationstests und die Implementierung von Best Practices in der Cybersecurity, um die Widerstandsfähigkeit gegenüber einer Vielzahl von Cyberangriffen sicherzustellen.
7. in Schulung und Training zu investieren, um das Bewusstsein für Sicherheitsrisiken zu schärfen und die Fähigkeiten zur Erkennung und Abwehr von Bedrohungen zu verbessern. Ziel ist es, Mitarbeiter im öffentlichen Dienst durch Schulungen in Cybersicherheit, Spionageabwehr und Desinformationsbekämpfung weiterzubilden.
8. die internationale Zusammenarbeit zu vertiefen, indem sie den Austausch von Best Practices, die Teilnahme an gemeinsamen Trainingsprogrammen und internationalen Cyberabwehrübungen fördert, um die globale Natur von Cyberbedrohungen und Spionageaktivitäten effektiv anzugehen.
9. dem Ausschuss für Inneres, Bau und Digitalisierung bis zum 30. September 2024 Bericht über die Prüf- und Umsetzungsergebnisse zu erstatten.

René Domke und Fraktion

Begründung:

Die geopolitische Lage und die Rolle Mecklenburg-Vorpommerns als Energieknotenpunkt in Deutschland und Europa rücken das Land zunehmend in den Fokus internationaler Akteure. Die Errichtung des LNG-Terminals in Mukran, der signifikante Ölimport über Rostock, ausgedehnte Windparks in der Ostsee und die ambitionierten Pläne für eine Wasserstoffinfrastruktur sind vitale Komponenten der nationalen und europäischen Energieversorgung und -sicherheit. Diese essenziellen Infrastrukturen erhöhen jedoch auch die Verwundbarkeit des Landes gegenüber geopolitischen Spannungen sowie Cyber- und Spionageangriffen. Die Ereignisse der jüngsten Vergangenheit, insbesondere seit dem Beginn des Konfliktes in der Ukraine, haben eine drastische Zunahme solcher Bedrohungen verdeutlicht.

Die spezifischen Fälle von Einflussnahme und Spionage, wie die russische Einflussnahme auf das Bergamt Stralsund, unterstreichen die Notwendigkeit, die Sicherheitsmaßnahmen in Mecklenburg-Vorpommern zu verstärken. Diese Vorfälle zeigen, wie fremde Mächte versuchen, in lokale Entscheidungsprozesse einzudringen und sensible Informationen zu extrahieren. Angesichts dieser Bedrohungen ist es unerlässlich, den Verfassungsschutz des Landes sowohl materiell als auch personell zu stärken, um eine effektive Spionageabwehr sowie die Abwehr von Cyberangriffen und Desinformation sicherzustellen.

Die Sicherheit und Freiheit der Bürgerinnen und Bürger in Mecklenburg-Vorpommern hängt maßgeblich von der Fähigkeit des Landes ab, auf diese Herausforderungen zu reagieren. Daher muss die Landesregierung in enger Zusammenarbeit mit dem Bund und anderen Bundesländern alle verfügbaren Ressourcen nutzen, um die Kapazitäten des Verfassungsschutzes zu erweitern. Die Einführung von Früherkennungs- und Präventionsmaßnahmen, die Stärkung der Cyber-Resilienz kritischer Infrastrukturen und die Sensibilisierung der Bevölkerung sind entscheidende Schritte zur Erhöhung der Sicherheit. Zudem ist die internationale Zusammenarbeit unerlässlich, um die globale Natur der Cyberbedrohungen und Spionageaktivitäten effektiv anzugehen.

Die vorgeschlagenen Maßnahmen und die Aufforderung zur Berichterstattung an den Ausschuss für Inneres, Bau und Digitalisierung bis zum 30. September 2024 sind nicht nur Zeichen proaktiver Governance, sondern auch ein Bekenntnis zur Sicherheit und zum Schutz der demokratischen Werte in Mecklenburg-Vorpommern. Die Sicherheitslage erfordert eine ständige Anpassung und Stärkung der Verteidigungsmechanismen. Dieser Antrag bildet die Grundlage für eine solide und zukunftssichere Sicherheitsstrategie, die die Freiheit und Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger in Mecklenburg-Vorpommern in den Mittelpunkt stellt.